

SGB II

Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts

Modul 1

Grundmodul

Autoren: Fritz Marburger, BZ St. Ingbert
Karl-Werner Illhardt, BZ Daun
Lothar Rieder, BZ Aalen
Volker Hahn, BZ Timmendorfer Strand



Bundesagentur für Arbeit





1. Grundsicherung für Arbeitsuchende

- 1.1 Ziele der Zusammenführung von Alhi und Sozialhilfe
- 1.2 Gesetzlicher Rahmen
- 1.3 Leistungsträger nach dem SGB II
- 1.4 Anspruchsberechtigte Personen
- 1.5 Fördern und Fordern

2. Eingliederungsleistungen

- 2.1 Wesentliche Eckpunkte
- 2.2 Eingliederungsvereinbarung



3. Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes

3.1 Leistungen nach dem SGB II

3.2 Kinderzuschlag

4. Anreize und Sanktionen

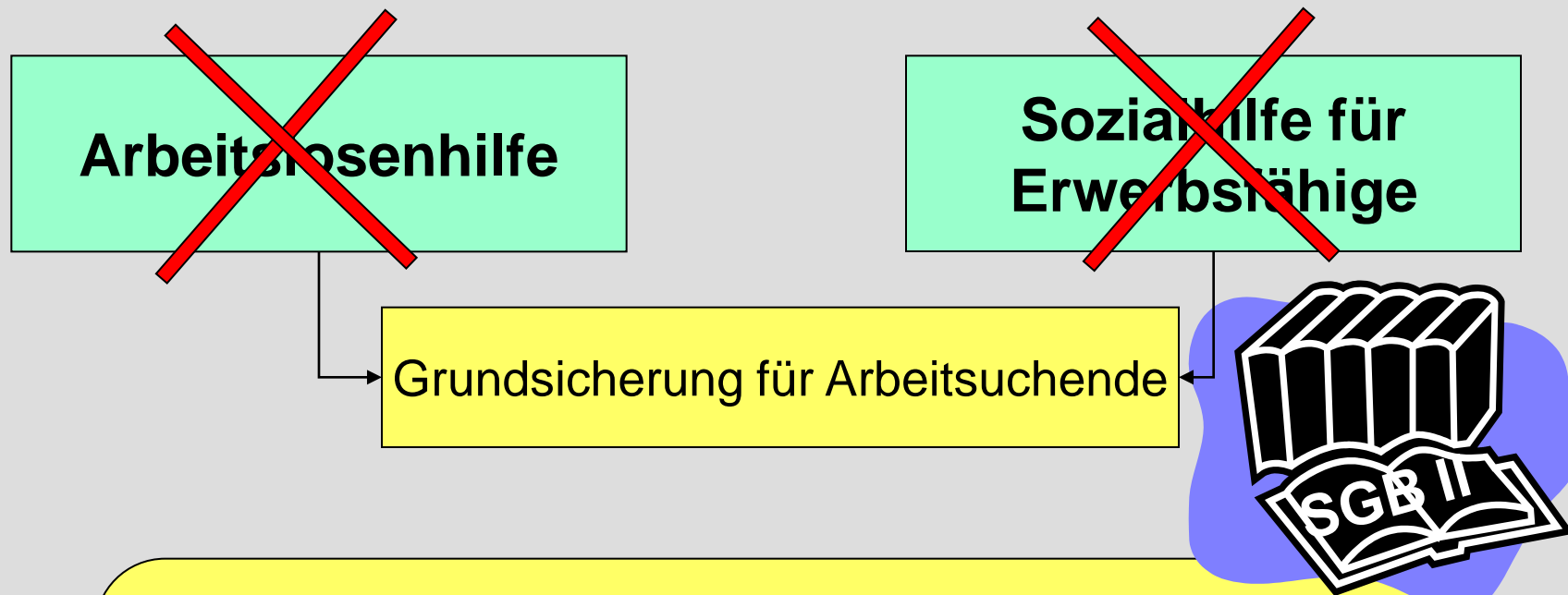
5. Gemeinsame Vorschriften für Leistungen

5.1 Örtliche Zuständigkeiten

5.2 Antragstellung

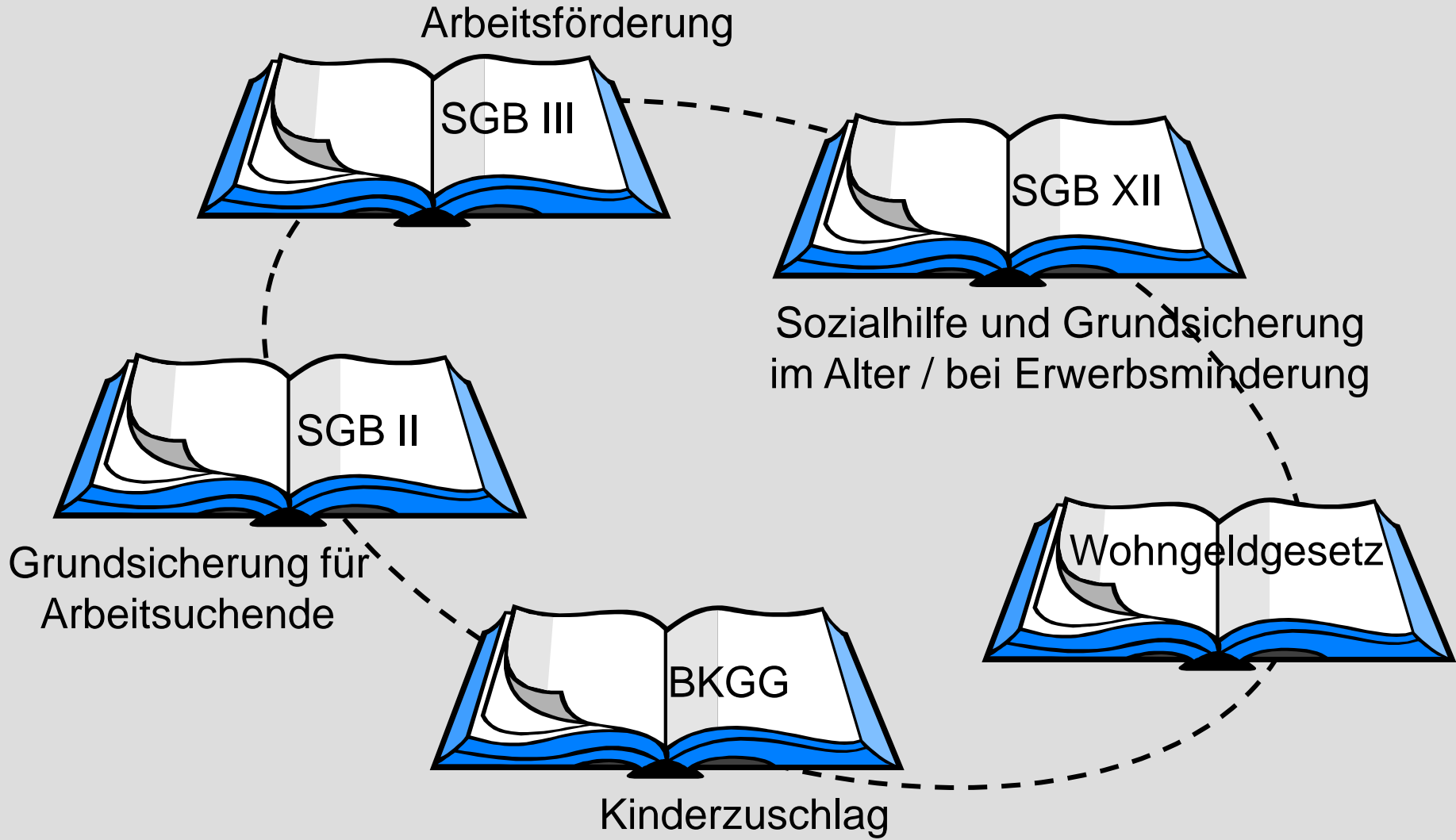
5.3 Auszahlung

6. Finanzierung



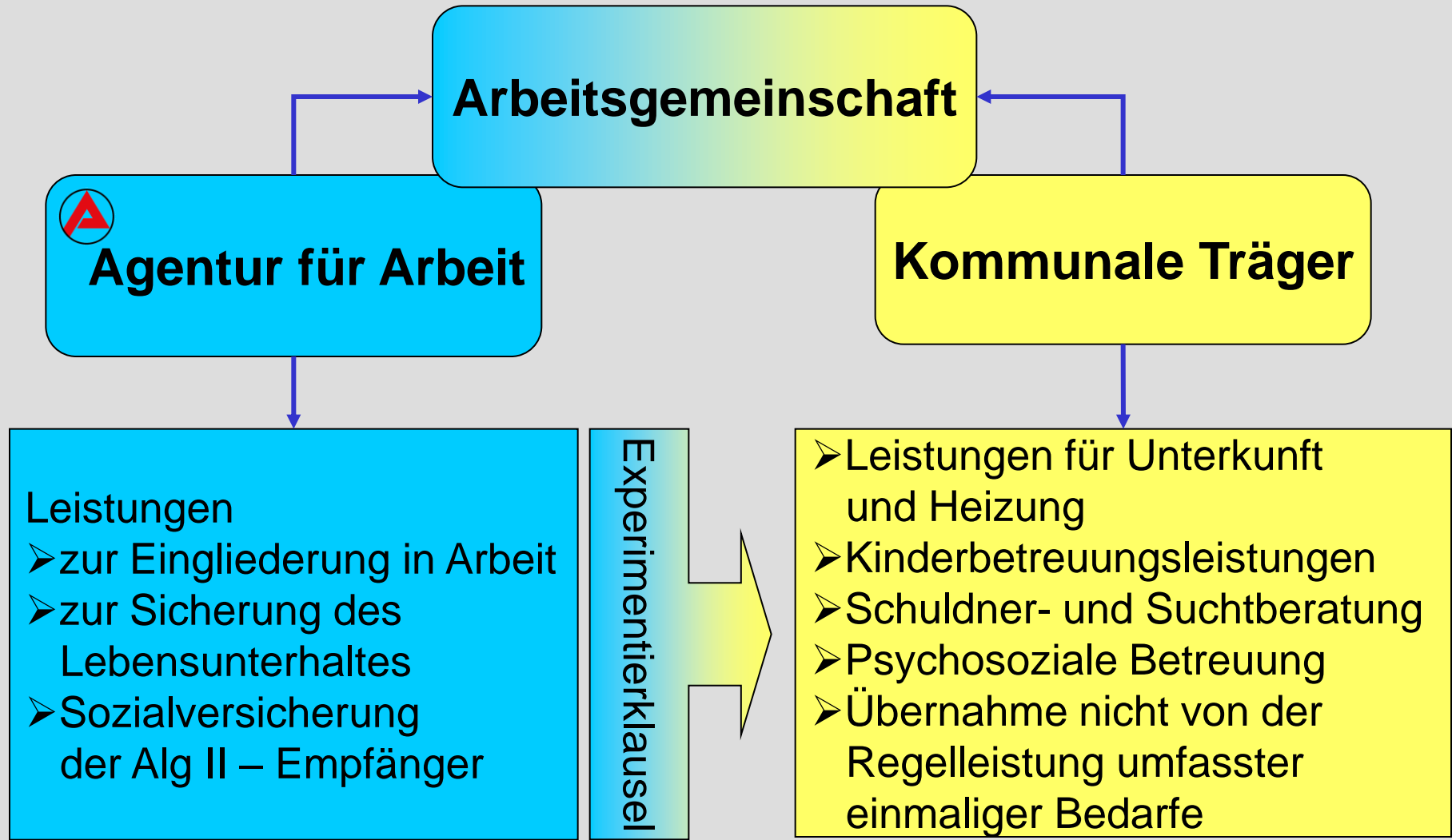
- Schnelle und passgenaue Vermittlung
- Am **Bedarf** orientierte ausreichende materielle Sicherung
- Einheitliche Aufgaben- und Finanzierungsverantwortung
- Effiziente und bürgerfreundliche Verwaltung

1.2 Gesetzlicher Rahmen



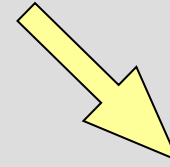
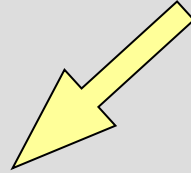
1.3 Leistungsträger

→ §§ 6, 6a, 44b



→ § 7 Abs. 1, 2

Anspruchsberechtigte

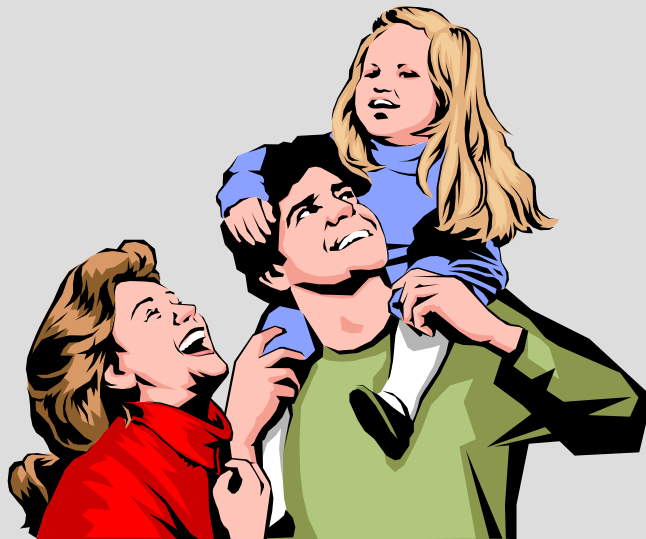


**Erwerbsfähige
Hilfebedürftige**



Personen,
die mit
erwerbsfähigen
Hilfebedürftigen
in einer

Bedarfsgemeinschaft
leben



→ § 1 Abs. 2, § 2, § 4 Abs. 1

Fördern durch ...

- Leistungen zur Beendigung / Verringerung der Hilfebedürftigkeit insbesondere durch **Eingliederung in Arbeit**
- Leistungen zur **Sicherung des Lebensunterhalts**

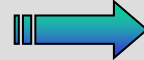
Fordern bedeutet insbesondere ...

- Erwerbsfähige Hilfebedürftige und Mitglieder ihrer Bedarfsgemeinschaft müssen zur Beseitigung der Hilfebedürftigkeit
- aktiv bei ihrer Eingliederung in Arbeit mitwirken
 - eigene Mittel und Kräfte einsetzen



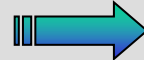
→ §§ 14, 15, 16 und 3 Abs. 2

Umfassende Unterstützung
(Grundsatz des Förderns)



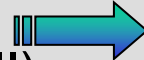
Zuordnung eines persönlichen
Ansprechpartners

Eingliederungsvereinbarung



Verbindliche Vereinbarung zu
Fördern und Fordern

Arbeitsmarktliche Ein-
gliederungsleistungen (SGB III)



z.B. Beratung, Vermittlung, ABM, För-
derung der beruflichen Weiterbildung

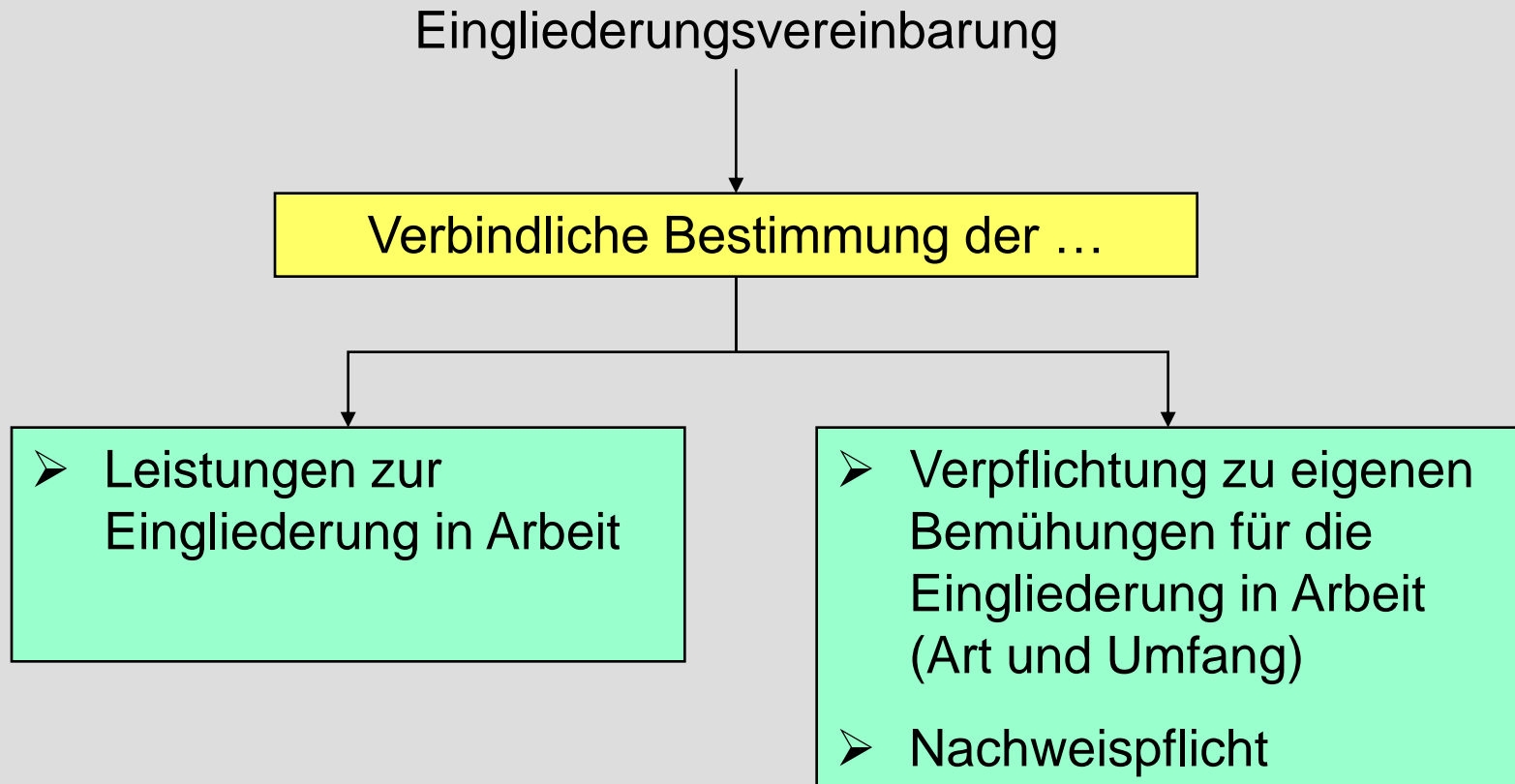
Erwerbsfähige Hilfebedürftige
unter 25 Jahren



Nach Antragstellung unverzügliche
Vermittlung

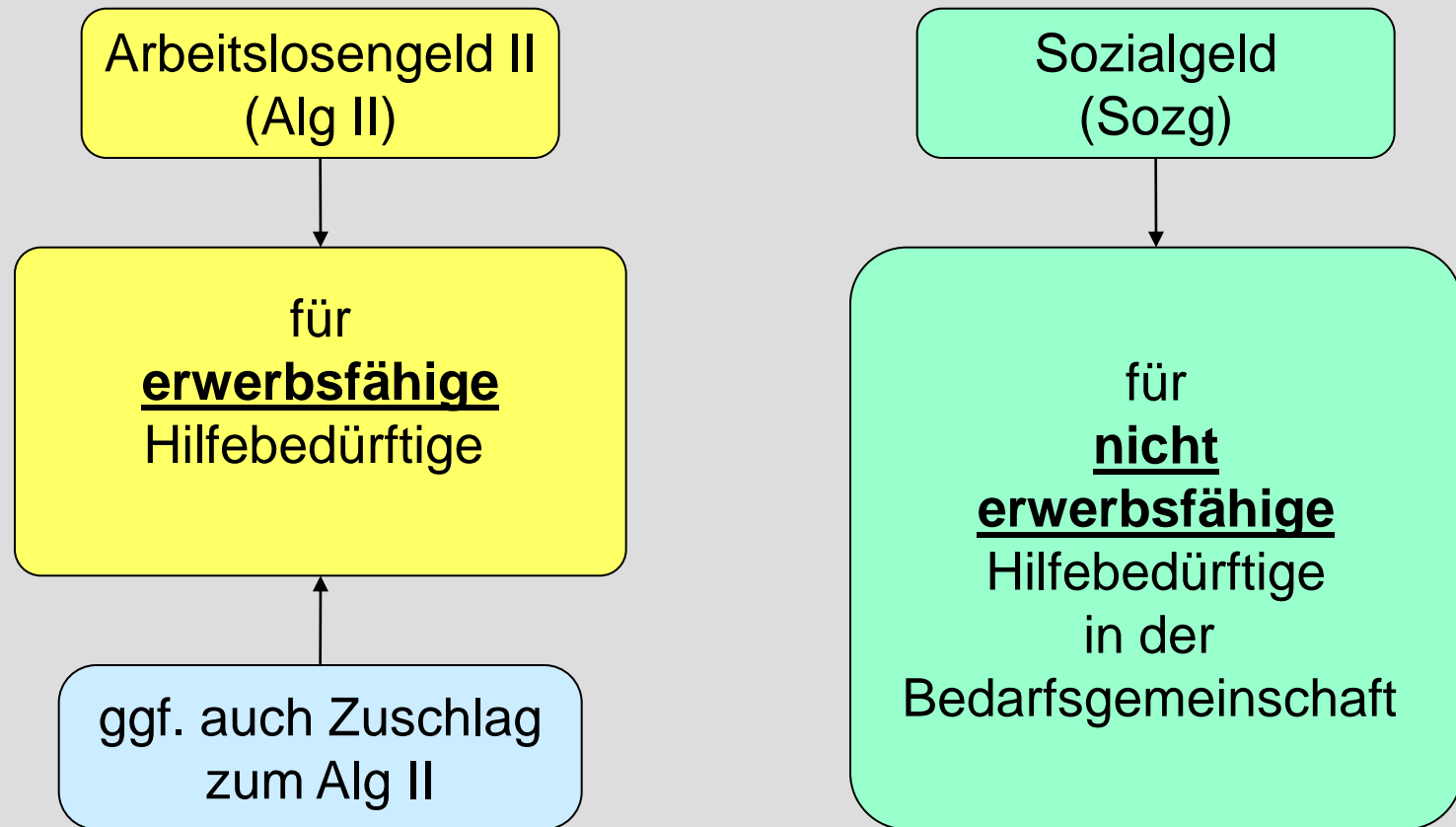


→ § 15



→ §§ 19, 24, 28

Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts

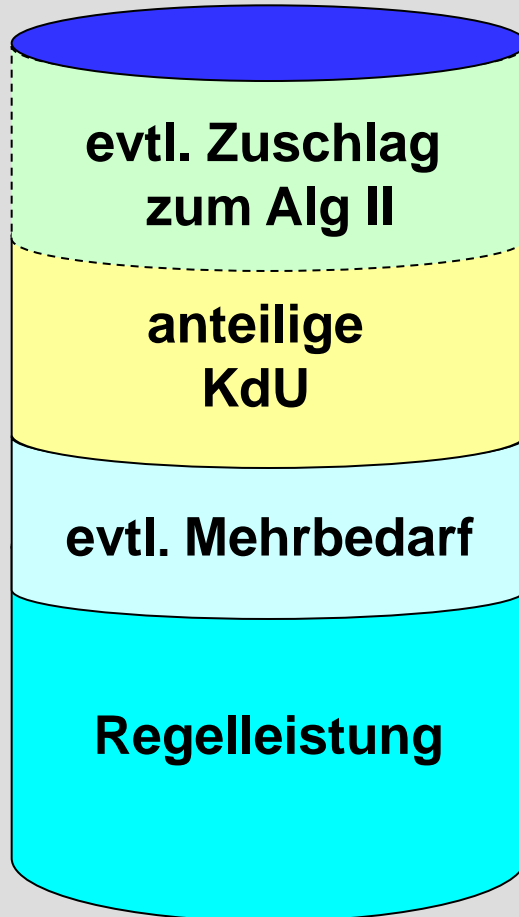


3.1 Leistungen zum Lebensunterhalt (2)



→ §§ 19 Satz 1, 20 – 22, 24, 28

EHB



evtl. Zuschlag
zum Alg II

anteilige
KdU

evtl. Mehrbedarf

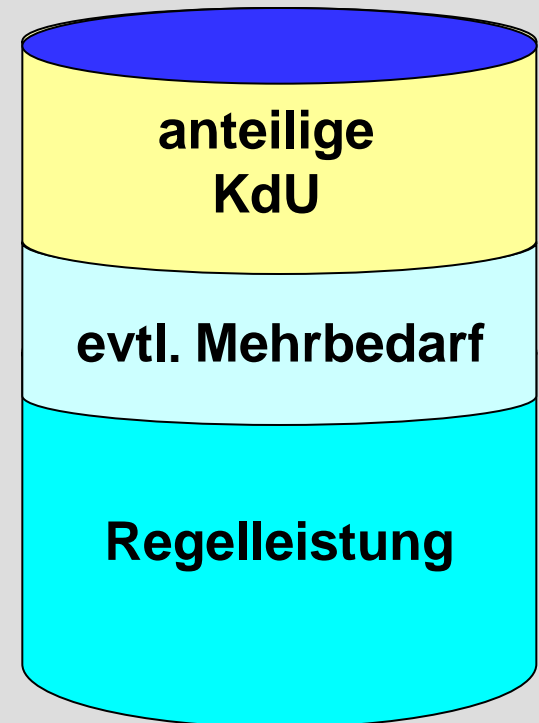
Regelleistung

tatsächliche Kosten
soweit angemessen

z.B. für Ernährung

z.B. 345 €, wenn
Partner minderj.

nicht Erwerbsfähige in der BG



anteilige
KdU

evtl. Mehrbedarf

Regelleistung



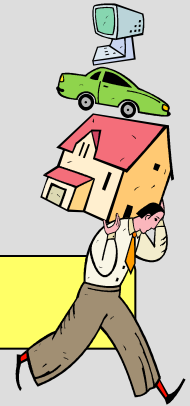
→ §§ 9, 11, 12

Zu berücksichtigendes

Einkommen

und/oder

Vermögen



- kann zur **Ablehnung** wegen fehlender Hilfebedürftigkeit führen
- die **Leistungen vermindern**
- Anspruch auf **Kinderzuschlag** statt Alg II begründen

→ § 6a BKGG

Ziel:

Vermeidung der Zahlung von Alg II / Sozg, wenn in einer Bedarfsgemeinschaft **allein** wegen der darin lebenden Kinder Hilfebedürftigkeit entsteht

Zahlung durch...

Familienkassen

Höhe:

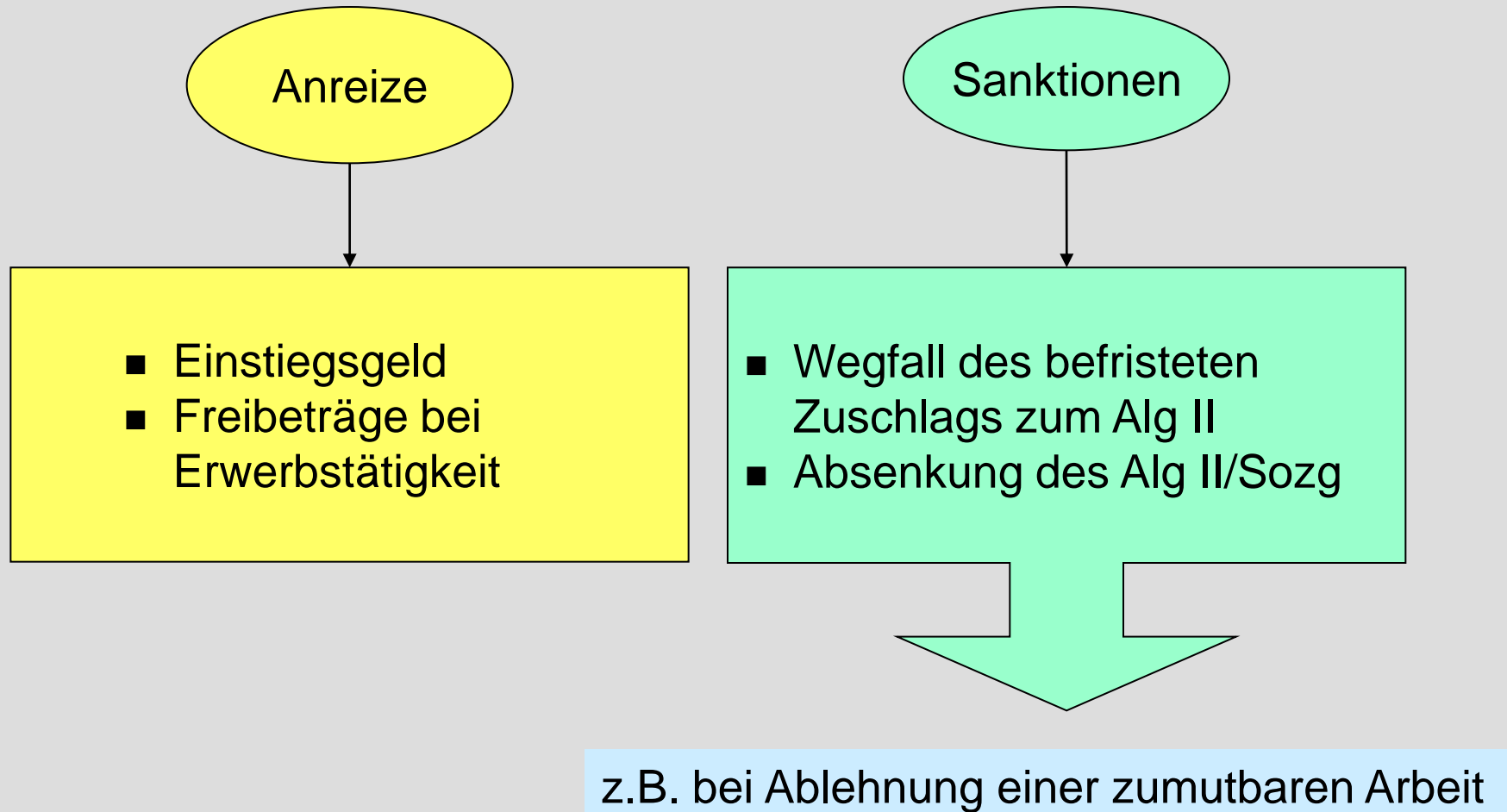
Maximal 140 € / Kind



Dauer:

Bewilligung bis zu 36 Monaten, max. bis zur Vollendung des 18. Lj. eines Kindes

→ §§ 29 - 32





→ § 36

Der gewöhnliche
Aufenthalt
bestimmt die
örtliche
Zuständigkeit
der/des ..



Agentur für Arbeit

Arbeitsgemeinschaft

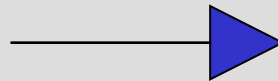
Kommunalen
Trägers



→ § 37 Abs. 1, 2

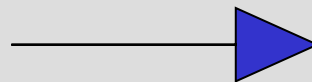
Leistungen der Grundsicherung werden
auf Antrag erbracht

Grundsatz



Leistungen werden nicht für
Zeiten vor der Antragstellung
erbracht

Rückwirkende Fiktion
bei unverzüglicher
Antragstellung



... in Fällen, in denen der
zuständige Leistungsträger bei
Eintritt der Anspruchsvoraus-
setzungen nicht dienstbereit war

Auszahlung der Geldleistung an den Berechtigten ...

... kostenfrei



Bei Überweisung auf ein
inländisches Konto
bei einem Geldinstitut

... kostenpflichtig



Bei Übermittlung an den Wohnsitz
oder gewöhnlichen Aufenthalt

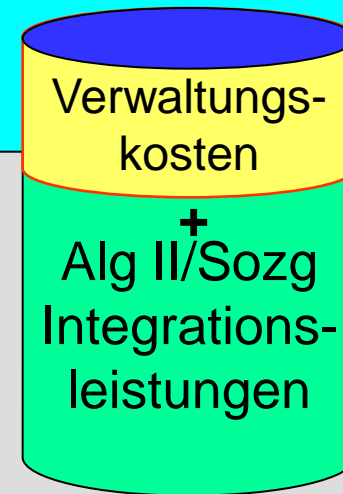
Ausnahme:
Einrichtung eines Kontos
ohne eigenes Verschulden
nicht möglich

6. Finanzierung (1)



→ § 46, § 6 Satz 1 Nr. 2

Der Bund erstattet die Kosten, soweit die Leistungen von der Bundesagentur erbracht werden, einschließlich der Verwaltungskosten.

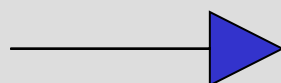


Die Kommunen sind Kostenträger für Unterkunft und Heizung sowie bestimmte Einmalleistungen.



→ § 46 Abs. 4

Die BA erstattet dem Bund



einen Aussteuerungsbetrag

... für jeden erwerbsfähigen Hilfebedürftigen, der innerhalb von drei Monaten nach dem Arbeitslosengeldbezug einen Anspruch auf Alg II erworben hat.

Ziel:



Dauerhafte Eingliederung noch
während des Arbeitslosengeldbezuges